

# „Staat verteilt von unten nach oben“

## Bildungsökonom Wößmann über die nötige Rendite in der Schulpolitik

Herr Wößmann, der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, dem Sie angehören, hat ein Gutachten zur Akzeptanz der Marktwirtschaft veröffentlicht, das zu einem überraschenden Ergebnis kommt...

Er hat die Bildungspolitik als die wichtigste Stellschraube benannt, um unser Wirtschaftssystem für die Bevölkerung akzeptabler zu machen.

**Warum ist das ein gewaltiger Durchbruch?**

Der Beirat thematisiert den Wunsch der Bevölkerung nach gerechten Verhältnissen. Das Gutachten stellt fest, dass zwei Hauptfaktoren für die gestiegene Einkommensungleichheit Globalisierung und technischer Fortschritt sind. Gegen beides können wir uns nicht ernsthaft sträuben. Deshalb bleibt gerade in einer Marktwirtschaft Bildungspolitik als das, wichtigste Instrument, langfristig die soziale Mobilität zu erhöhen.

**In manchen Kreisen wird das seit Jahrzehnten runtergebetet.**

Das sind gemeinhin aber eher Kreise, die das marktwirtschaftliche System nicht so hoch halten – dabei ist es die Grundlage unseres Wohlstands. Der Beirat aber schaut mit dem Blick des Ökonomen auf das System und kommt zu dem wichtigen Ergebnis, dass gute Bildung für alle unersetzlich ist, wenn eine Marktwirtschaft funktionieren soll.

**Und fordert eine von Grund auf bessere Qualifikation der Kinder und Jugendlichen. Abi für alle?**

Das ist natürlich illusorisch. Aber es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem individuellen Bildungsgrad und dem Erfolg am Arbeitsmarkt. Darum wäre mit Blick auf die Einkommensverteilung sehr viel erreicht, wenn im Schulsystem niemand mehr durchs Raster fällt. Da ist viel zu tun, wenn man bedenkt, dass heute sieben Prozent eines Jahrgangs ohne Schulabschluss, 15 Prozent ohne Berufsabschluss bleiben. Kein Jugendlicher mehr ohne Schul- und Berufsabschluss – das kann man doch als Ziel begreifen!

### ZUR PERSON



**Ludger Wößmann** ist Professor für Bildungsökonomie an der LMU München. Er ist zudem Bereichsleiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

**Für längeres gemeinsames Lernen** spricht sich der Wissenschaftliche Beirat beim Wirtschaftsministerium – dem Wößmann angehört – in dem Gutachten „Akzeptanz der Marktwirtschaft“ aus.

[www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=319400.html](http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Service/publikationen,did=319400.html)

**Aber ein Problem, das Sie im Gutachten ja auch benennen, ist doch, dass es immer noch vor allem die Kinder aus gutem Hause sind, die das Abitur machen...**

Dabei gibt es viele Begabte aus bildungsfernen Schichten, die kein Abitur machen, obwohl sie das Potenzial hätten. Ziel muss sein, dass jedes Kind die Chance hat, sein volles Potenzial auszuschöpfen. Das gelingt uns leider nicht.

**Der Beirat will dieses Problem auf eine Art lösen, die ihm kaum den Beifall der Konservativen einbringen wird.**

Mag sein – aber wir sind Wissenschaftler, nicht Politiker. Die Mehrheit hat sich explizit dafür ausgesprochen, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen. Also nicht so früh – nach der vierten Klasse – auf verschiedene Schularten aufzuteilen. Mit diesem System stehen wir international ohnehin fast allein. Und es gibt zahlreiche wissenschaftliche Belege dafür, dass diese frühe Aufteilung es mit begünstigt, wenn sozial Schwache kaum höhere Bildungsabschlüsse erreichen.

**Wie kommen Ökonomen auf diese bisher eher von Linken und Reformern favorisierte Lösung?**

Um ein freiheitliches System der Marktwirtschaft akzeptieren zu können, muss jeder Mensch möglichst gleiche Startchancen haben. Das ist aber nicht der Fall, wenn seine Herkunft dafür sorgt,

dass er schon früh auf einen ganz bestimmten Lebensweg gesetzt wird, der ihm viele Möglichkeiten verwehrt. Wenn er mündig ist, ist es dann schon zu spät.

**Politiker, die die Fahne der Marktwirtschaft hoch halten, befürworten aber meist das mehrgliedrige Schulsystem.**

Vielleicht noch. Aber das ist ja nicht schlüssig. Ein freiheitliches Wirtschaftssystem kann sich nur entfalten, wenn jeder seine Potenziale voll entfalten kann. Dabei geht es ja nicht um Gleichmacherei oder darum, dass jeder am Ende das Gleiche verdient, sondern darum, dass jeder mit den gleichen Voraussetzungen am Marktprozess teilnehmen kann.

**Was muss der Staat tun, damit am Ende die Rendite stimmt?**

Besonders groß ist die Rendite, wenn schon in Kindergarten und Grundschule angesetzt wird. Der Staat muss seine Bildungsinvestitionen anders verteilen als bisher. Was er bisher macht, ist quasi eine Umverteilung von unten nach oben. Die Kosten pro Schüler und Schuljahr sind in Hauptschule und Gymnasium zwar in etwa gleich, aber jemand, der studiert, bleibt ja viel länger im Bildungssystem als ein Hauptschüler, und seine Ausbildung kostet am Ende fast doppelt so viel Geld. Es gilt also, vor allem den sozial und ökonomisch schwächeren Schichten zu helfen, eine Qualifikation zu erreichen, die sie von den Leistungen des Sozialstaats unabhängig macht.

**Sogar Privatschulen sind – mit der ökonomischen Brille betrachtet – gut für die bisherigen Bildungsverlierer. Warum?**

Es geht um die private Trägerschaft. Die Niederlande machen das vor: Wenn öffentliche wie private Schulen vom Staat finanziert werden, fördert das den Wettbewerb um die besten Ideen. Das verbessert das Leistungsniveau des gesamten Systems. Davon profitieren vor allem die Kinder, die bisher keine Wahl zwischen privat und öffentlich haben. Das belegen Studien.

Interview: Frauke Haß